

Änderungsantrag 5

Helmut Scholz, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Barbara Spinelli, Sofia Sakorafa, Kateřina Konečná, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Kostas Chrysogonos
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0166/2018****Tokia Saïfi**

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 1 a (neu)***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

Ia. ist sich der bestehenden Zweifel und Unzufriedenheit der Bürger im Hinblick auf die Auswirkungen der internationalen Handelspolitik der EU auf ihr tägliches Leben und die zunehmende soziale Ungleichheit bewusst; fordert eine Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik der EU, um besser auf die Notwendigkeit einzugehen, einen besseren Schutz von Arbeitsplätzen und sozialen Rechte sowie eine gerechten Verteilung des Wohlstands unter den Bürgern innerhalb der EU und zwischen der EU und Drittländern sicherzustellen und einen konstruktiven Beitrag zur Verwirklichung der UN-2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung zu leisten; fordert alle EU-Mitgliedstaaten auf, angemessen und ehrgeizig zu handeln, um ihren Verpflichtungen im Hinblick auf eine entschlossene Antwort auf das Ziel Nr. 17 nachzukommen und Einfluss auf die Strategien zur Erreichung der anderen Ziele zu nehmen, von der Überwindung der Armut über die nachhaltige Nutzung und Produktion bis hin zur industriellen Entwicklung, Innovation und Infrastruktur, Entwicklung des ländlichen Raums und der Bewältigung der ökologischen

Herausforderungen, einschließlich des Klimawandels; fordert eine Stärkung der öffentlichen Dienste unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Gesundheit und Achtung des Vorsorgeprinzips sowie die Achtung der kulturellen Vielfalt und der Menschenwürde, einschließlich derjenigen von Migranten, die Förderung des Friedens und des Völkerrechts und einen Verzicht auf alle extraterritorialen Maßnahmen sowie die Stärkung des Dialogs und der Verhandlungen auf multilateraler und internationaler Ebene;

Or. en

Änderungsantrag 6

Helmut Scholz, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Barbara Spinelli, Sofia Sakorafa, Kateřina Konečná, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0166/2018****Tokia Saïfi**

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik 2017/2070(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 2***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

2. nimmt zur Kenntnis, **das das wirtschaftliche Gewicht Asiens zunimmt und sich die Vereinigten Staaten allmählich** von der Handelsfront **zurückziehen**, was Unsicherheit für den Welthandel mit sich bringt, und verweist darauf, dass im Inland die internationale Handelspolitik auf Kritik stößt und ein gerechter Handel gefordert wird; fordert die Kommission auf, ihre Handelspolitik so anzupassen, dass sie auf diese Entwicklungen eingehen und reaktionsfähiger und verantwortungsvoller werden kann, und gleichzeitig eine längerfristige Strategie zu entwickeln, die dem sich verändernden internationalen Kontext Rechnung trägt; unterstreicht, dass vor dem Hintergrund eines sich verändernden globalen Kontexts die Rolle der EU in Bezug auf die Förderung einer wertebasierten Handelspolitik für die europäischen Bürger immer wichtiger wird;

2. nimmt **die wachsende wirtschaftliche Stärke und den wachsenden Einfluss verschiedener asiatischer Länder, darunter China und Indien, in der Weltwirtschaft sowie die wachsenden Auswirkungen der Entwicklung Afrikas und Lateinamerikas als wichtige Faktoren in der globalisierten Welt und für Wohlstand, Frieden und Stabilität in der Welt zur Kenntnis; nimmt ferner die geänderte Strategie der derzeitigen US-Regierung zur Kenntnis, die darin besteht, mit ihrer „America first“-Strategie andere Staaten zu erpressen, indem sie mit einem schrittweisen Rückzug von der Handelsfront droht und die multilateralen Handelsstrukturen, einschließlich des WTO-Mechanismus und seines Streitbeilegungssystems, destabilisiert**, was Unsicherheit für den Welthandel mit sich bringt, und verweist darauf, dass im Inland die internationale Handelspolitik auf Kritik stößt und ein gerechter Handel gefordert wird; fordert die Kommission auf, ihre Handelspolitik so anzupassen, dass sie auf diese Entwicklungen eingehen und reaktionsfähiger und verantwortungsvoller werden kann, und

gleichzeitig eine längerfristige Strategie zu entwickeln, die dem sich verändernden internationalen Kontext Rechnung trägt; unterstreicht, dass vor dem Hintergrund eines sich verändernden globalen Kontexts die Rolle der EU in Bezug auf die Förderung einer wertebasierten Handelspolitik für die europäischen Bürger immer wichtiger wird; ***fordert die Kommission auf, sich entschlossen und wirksam jeder extraterritorialen Maßnahme zu widersetzen, die von den USA oder anderen Partnern beschlossen wird;***

Or. en

Änderungsantrag 7

Helmut Scholz, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Barbara Spinelli, Sofia Sakorafa, Kateřina Konečná, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Kostas Chrysogonos, Merja Kyllönen
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0166/2018****Tokia Saïfi**

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 3***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

3. betont die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen, insbesondere der digitalen Dienstleistungen, einschließlich des zunehmenden Dienstleistungscharakters (Servicifizierung) des Handels mit Waren (Modus 5), des Datenflusses und des elektronischen Geschäftsverkehrs im internationalen Handel; weist mit Nachdruck darauf hin, dass die internationalen und diesbezüglichen Vorschriften gestärkt werden müssen, um konkrete Vorteile für die Verbraucher, einen besseren Zugang zu ausländischen Märkten für europäische Unternehmen und die Achtung der Menschenrechte sowie des Schutzes der Daten und der Privatsphäre weltweit sicherzustellen; weist darauf hin, dass der Schutz personenbezogener Daten in Handelsabkommen nicht verhandelbar ist, ist der Auffassung, dass die digitalen Rechte der Bürger durch Handelsabkommen gefördert werden sollten, und verweist auf seinen Standpunkt zum Thema Datenschutz und digitaler Handel, wie er in seiner Entschließung mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer Strategie für den digitalen Handel“ zum Ausdruck gebracht wurde; betont, dass die

3. betont die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen, insbesondere der digitalen Dienstleistungen, einschließlich des zunehmenden Dienstleistungscharakters (Servicifizierung) des Handels mit Waren (Modus 5), des Datenflusses und des elektronischen Geschäftsverkehrs im internationalen Handel; weist mit Nachdruck darauf hin, dass die internationalen und diesbezüglichen Vorschriften gestärkt werden müssen, um konkrete Vorteile für die Verbraucher, einen besseren Zugang zu ausländischen Märkten für europäische Unternehmen und die Achtung der Menschenrechte sowie des Schutzes der Daten und der Privatsphäre weltweit sicherzustellen; weist darauf hin, dass der Schutz personenbezogener Daten in Handelsabkommen nicht verhandelbar ist, ist der Auffassung, dass die digitalen Rechte der Bürger durch Handelsabkommen gefördert werden sollten, und verweist auf seinen Standpunkt zum Thema Datenschutz und digitaler Handel, wie er in seiner Entschließung mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer Strategie für den digitalen Handel“ zum Ausdruck gebracht wurde; betont, dass die

Handelspolitik der EU eine wichtige Rolle spielen kann, wenn es darum geht, die digitale Kluft zu überwinden; fordert die Kommission auf, die Agenda für den digitalen Handel in laufenden und künftigen Verhandlungen über Freihandelsabkommen und im Rahmen der WTO voranzubringen; fordert, dass in alle künftigen Handelsabkommen, auch in diejenigen, über die derzeit verhandelt wird, ein dem digitalen Handel gewidmetes Kapitel eingefügt wird, und erinnert daran, wie wichtig es ist, dass ungerechtfertigte Anforderungen an die Lokalisierung von Daten vermieden werden; fordert die Kommission auf, eine Strategie für den digitalen Handel zu verfolgen, die den damit für kleine und mittlere Unternehmen verbundenen Chancen Rechnung trägt, indem ihnen der Zugang zu den Weltmärkten erleichtert wird;

Handelspolitik der EU eine wichtige Rolle spielen kann, wenn es darum geht, die digitale Kluft zu überwinden; fordert die Kommission auf, die Agenda für den digitalen Handel in laufenden und künftigen Verhandlungen über Freihandelsabkommen und im Rahmen der WTO voranzubringen; fordert, dass in alle künftigen Handelsabkommen, auch in diejenigen, über die derzeit verhandelt wird, ein dem digitalen Handel gewidmetes Kapitel eingefügt wird, und erinnert daran, wie wichtig es ist, dass ungerechtfertigte Anforderungen an die Lokalisierung von Daten vermieden werden; fordert die Kommission auf, eine Strategie für den digitalen Handel zu verfolgen, die den damit für kleine und mittlere Unternehmen verbundenen Chancen Rechnung trägt, indem ihnen der Zugang zu den Weltmärkten erleichtert wird, **und die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung und die übermäßige Konzentration des Wohlstands, die der elektronische Handel mit sich bringt, zu bekämpfen;**

Or. en

Änderungsantrag 8

Helmut Scholz, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Barbara Spinelli, Sofia Sakorafa, Kateřina Konečná, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Kostas Chrysogonos
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0166/2018

Tokia Saïfi

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag

Ziffer 8

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8. stellt fest, dass die plurilateralen Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) und das Abkommen über den Handel mit Umweltschutzgütern zum Stillstand gekommen sind; fordert die EU auf, die Initiative zu ergreifen, um **beide Verhandlungsprozesse wieder in Gang zu bringen, und bei den Verhandlungen über TiSA dem Standpunkt des Parlaments Rechnung zu tragen;**

8. stellt fest, dass die plurilateralen Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) und das Abkommen über den Handel mit Umweltschutzgütern zum Stillstand gekommen sind; fordert die EU auf, die Initiative zu ergreifen, um **das GATS-Abkommen zu modernisieren, damit gemeinsam mit den anderen WTO-Staaten den neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem technologischen Wandel begegnet werden kann;**

Or. en

Änderungsantrag 9

Helmut Scholz, Anne-Marie Mineur, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Sofia Sakorafa, Kateřina Konečná, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Kostas Chrysogonos, Barbara Spinelli
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0166/2018****Tokia Saïfi**

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 9***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

9. betont, dass mehrere Freihandelsabkommen, z.B. die Handelsabkommen mit Kanada und Ecuador, die DCFTA-Bestimmungen im Assoziierungsabkommen EU-Ukraine und mehrere WPA mit afrikanischen Ländern, vollständig oder vorläufig in Kraft getreten sind und dass seit der Bekanntgabe der Strategie „Handel für alle“ mit Singapur, Vietnam und Japan Handelsabkommen abgeschlossen wurden; hebt hervor, dass Handelsabkommen nur mit der nötigen politischen und administrativen Unterstützung innerhalb angemessener Fristen vereinbart und ratifiziert werden können; ***unterstützt den laufenden Prozess zur Aktualisierung der Handelsabkommen mit Chile und Mexiko; erinnert an seine Forderung, die Verhandlungen mit Australien und Neuseeland aufzunehmen und dabei seinen Standpunkten Rechnung zu tragen;***

9. betont, dass mehrere Freihandelsabkommen, z.B. die Handelsabkommen mit Kanada und Ecuador, die DCFTA-Bestimmungen im Assoziierungsabkommen EU-Ukraine und mehrere WPA mit afrikanischen Ländern, vollständig oder vorläufig in Kraft getreten sind und dass seit der Bekanntgabe der Strategie „Handel für alle“ mit Singapur, Vietnam und Japan Handelsabkommen abgeschlossen wurden; hebt hervor, dass Handelsabkommen nur mit der nötigen politischen und administrativen Unterstützung innerhalb angemessener Fristen vereinbart und ratifiziert werden können, ***was die Einbeziehung der Öffentlichkeit durch mehr Transparenz in Bezug auf die vom Rat erteilten Mandate für die einzelnen Handelsverhandlungen sowie in Bezug auf den Inhalt der laufenden Verhandlungen und anderer geplanter Handels- und Investitionsabkommen erfordern wird;***

Or. en

23.5.2018

A8-0166/10

Änderungsantrag 10

Helmut Scholz, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Barbara Spinelli, Kateřina Konečná, Sofia Sakorafa, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Lola Sánchez Caldentey
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0166/2018

Tokia Saïfi

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag

Ziffer 13

Entschließungsantrag

Geänderter Text

13. weist darauf hin, dass die Kommission mehrfach angekündigt hat, mit Hongkong und Taiwan Verhandlungen über Investitionen aufzunehmen, und fordert die Kommission auf, die Vorbereitungsarbeiten abzuschließen, um die Verhandlungen über Investitionsabkommen so bald wie möglich förmlich aufzunehmen;

entfällt

Or. en

23.5.2018

A8-0166/11

Änderungsantrag 11

Helmut Scholz, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Barbara Spinelli, Kateřina Konečná, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0166/2018

Tokia Saïfi

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag

Ziffer 25

Entschließungsantrag

Geänderter Text

25. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, unter anderem mithilfe digitaler Werkzeuge stärker auf die Beseitigung von ***administrativen Hindernissen und*** unnötigen Belastungen, technische Vereinfachung sowie die Begleitung von Unternehmen in ihren Bemühungen, Nutzen aus den Handelsabkommen und -instrumenten zu ziehen, hinzuarbeiten;

25. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, unter anderem mithilfe digitaler Werkzeuge stärker auf die Beseitigung von unnötigen Belastungen, technische Vereinfachung sowie die Begleitung von Unternehmen in ihren Bemühungen, Nutzen aus den Handelsabkommen und -instrumenten zu ziehen, hinzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 12

Helmut Scholz, Anne-Marie Mineur, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Barbara Spinelli, Kateřina Konečná, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Kostas Chrysogonos
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

A8-0166/2018

Tokia Saïfi

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag

Ziffer 37

Entschließungsantrag

Geänderter Text

37. weist darauf hin, dass Handelsabkommen, einschließlich der Handelskapitel in Assoziierungsabkommen, erst in Kraft treten können, wenn sie **vom Parlament** ratifiziert wurden; ist der Auffassung, dass die Praxis, wonach die Zustimmung des Parlaments abzuwarten ist, bevor politisch bedeutende Abkommen vorläufig zur Anwendung kommen, bereichsübergreifend befolgt werden muss, wie es von Kommissionsmitglied Malmström bei ihrer Anhörung am 26. September 2014 zugesichert wurde;

37. weist darauf hin, dass Handelsabkommen, einschließlich der Handelskapitel in Assoziierungsabkommen, erst in Kraft treten können, wenn sie **von den betreffenden Parlamenten** ratifiziert wurden; ist der Auffassung, dass die Praxis, wonach die Zustimmung des Parlaments abzuwarten ist, bevor politisch bedeutende Abkommen vorläufig zur Anwendung kommen, bereichsübergreifend befolgt werden muss, wie es von Kommissionsmitglied Malmström bei ihrer Anhörung am 26. September 2014 zugesichert wurde;

Or. en

Änderungsantrag 13

Helmut Scholz, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Dimitrios Papadimoulis, Kateřina Konečná, Kostadinka Kuneva, Kostas Chrysogonos, Barbara Spinelli, Sofia Sakorafa
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0166/2018****Tokia Saïfi**

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 42***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

42. weist darauf hin, dass die öffentlichen Beschaffungsmärkte der EU die offensten der Welt sind; ist darüber besorgt, dass sich bestimmte Handelspartner nicht an die in den EU-Freihandelsabkommen enthaltenen Bestimmungen über den Zugang zu öffentlichen Beschaffungsmärkten halten, was zu Lasten von Unternehmen aus der EU geht, und dass in bestimmten Drittländern der Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten sehr begrenzt ist; fordert die Kommission auf, darauf hinzuwirken, einen besseren Zugang zu öffentlichen Beschaffungsmärkten in Drittländern sicherzustellen und im Einklang mit den Bestimmungen des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen Maßnahmen in Bezug auf Drittländer zu prüfen, die ihren inländischen Unternehmen einen vorrangigen Zugang zu ihren öffentlichen Beschaffungsmärkten gewähren; fordert die Kommission darüber hinaus auf, Daten zur Inanspruchnahme der in Freihandelsabkommen verankerten Bestimmungen über öffentliche Aufträge durch die Unternehmen zu erheben und zu veröffentlichen, um einen besseren

42. weist darauf hin, dass die öffentlichen Beschaffungsmärkte der EU die offensten der Welt sind; ist darüber besorgt, dass sich bestimmte Handelspartner nicht an die in den EU-Freihandelsabkommen enthaltenen Bestimmungen über den Zugang zu öffentlichen Beschaffungsmärkten halten, was zu Lasten von Unternehmen aus der EU geht, und dass in bestimmten Drittländern der Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten sehr begrenzt ist; fordert die Kommission auf, darauf hinzuwirken, einen besseren Zugang zu öffentlichen Beschaffungsmärkten in Drittländern sicherzustellen und im Einklang mit den Bestimmungen des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen Maßnahmen in Bezug auf *industrialisierte* Drittländer zu prüfen, die ihren inländischen Unternehmen einen vorrangigen Zugang zu ihren öffentlichen Beschaffungsmärkten gewähren; fordert die Kommission darüber hinaus auf, Daten zur Inanspruchnahme der in Freihandelsabkommen verankerten Bestimmungen über öffentliche Aufträge durch die Unternehmen zu erheben und zu veröffentlichen, um einen besseren

Eindruck von den Schwierigkeiten zu gewinnen, mit denen EU-Unternehmen konfrontiert sind;

Eindruck von den Schwierigkeiten zu gewinnen, mit denen EU-Unternehmen konfrontiert sind; ***fordert die Kommission auf, ein Gutachten über die Auswirkungen der Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens auf echte KMU in Auftrag zu geben;***

Or. en

Änderungsantrag 14

Helmut Scholz, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Barbara Spinelli, Kateřina Konečná, Sofia Sakorafa, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Kostas Chrysogonos
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0166/2018****Tokia Saïfi**

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 44***Entschließungsantrag*

44. erinnert daran, dass die gemeinsame Handelspolitik einen Beitrag zur Wahrung und Förderung der in Artikel 2 EUV genannten Werte sowie zur Verfolgung der in Artikel 21 EUV aufgezählten Ziele leisten muss, wie etwa Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, der Grundrechte und -freiheiten, Gleichheit, Achtung der Menschenwürde sowie Schutz der Umwelt und der sozialen Rechte; ist der Auffassung, dass das Erreichen dieser Ziele entschlossene und anhaltende Bemühungen der Kommission erfordert; betont, dass in der Agenda 2030 der VN und im Klimaschutzabkommen von Paris grundlegende Referenzwerte angegeben sind, an denen sich der Beitrag messen lässt, den die Handelspolitik der EU zu den vereinbarten globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung leistet;

Geänderter Text

44. erinnert daran, dass die gemeinsame Handelspolitik einen Beitrag zur Wahrung und Förderung der in Artikel 2 EUV genannten Werte sowie zur Verfolgung der in Artikel 21 EUV aufgezählten Ziele leisten muss, wie etwa Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, der Grundrechte und -freiheiten, Gleichheit, Achtung der Menschenwürde sowie Schutz der Umwelt und der sozialen Rechte; ist der Auffassung, dass das Erreichen dieser Ziele entschlossene und anhaltende Bemühungen der Kommission erfordert; betont, dass in der Agenda 2030 der VN und im Klimaschutzabkommen von Paris grundlegende Referenzwerte angegeben sind, an denen sich der Beitrag messen lässt, den die Handelspolitik der EU zu den vereinbarten globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung leistet; ***fordert die Kommission auf, eine Bewertung der bestehenden Widersprüche zwischen diesen Zielen und der internationalen Handelspolitik der EU vorzunehmen, um diese neu auszurichten, unter anderem mithilfe eines stärker regional und intraregional ausgerichteten Ansatzes;***

Or. en

Änderungsantrag 15

Helmut Scholz, Lola Sánchez Caldentey, Stelios Kouloglou, Patrick Le Hyaric, Merja Kyllönen, Barbara Spinelli, Sofia Sakorafa, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Kostas Chrysogonos, Kateřina Konečná
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht**A8-0166/2018****Tokia Saïfi**

Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik
2017/2070(INI)

Entschließungsantrag**Ziffer 49***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

49. spricht sich erneut dafür aus, im Rahmen der ausschließlichen Zuständigkeiten der Union in alle künftigen Handelsabkommen ehrgeizige Vorschriften zur Korruptionsbekämpfung aufzunehmen; begrüßt, dass die laufenden Verhandlungen über die Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Mexiko und des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Chile Bestimmungen zur Korruptionsbekämpfung umfassen; erinnert daran, dass Freihandelsabkommen eine gute Gelegenheit bieten, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Geldwäsche, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu verstärken;

49. spricht sich erneut dafür aus, im Rahmen der ausschließlichen Zuständigkeiten der Union in alle künftigen Handelsabkommen ehrgeizige Vorschriften zur Korruptionsbekämpfung aufzunehmen; begrüßt, dass die laufenden Verhandlungen über die Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Mexiko und des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Chile Bestimmungen zur Korruptionsbekämpfung umfassen; erinnert daran, dass Freihandelsabkommen eine gute Gelegenheit bieten, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Geldwäsche, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu verstärken, **und fordert die Kommission auf, diese Gelegenheit zu ergreifen, indem sie z.B. von allen Drittländern verbindliche Zusagen verlangt und entsprechende Kapitel gegebenenfalls nach Abschluss der Verhandlungen einfügt;**

Or. en